



Presseinformation

Nr. 088/2008

Kiel, Dienstag, 11. März 2008

Soziales/Kinder/KiTa/Initiative „Kein Kind ohne Mahlzeit“

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

Ekkehard Klug: „Ministerin hat Bezug zur Realität verloren“

– Der „pragmatische“ Vorschlag der Sozialministerin zur Verschiebung der Kernbetreuungszeit geht an der Realität im Arbeitsleben vorbei –

Zum heute von der Sozialministerin im sh:z unterbreiteten Vorschlag, die Kernbetreuungszeit in den Kindertageseinrichtungen in der Zeit von 9 bis 13 Uhr einzurichten, um somit den Kindern aus einkommensschwachen Familien auch bei einer maximal vierstündigen Betreuung die Teilnahme an einer Mittagsmahlzeit zu ermöglichen, sagte der parlamentarische Geschäftsführer und bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Der Vorschlag der Sozialministerin ist ein Schlag ins Gesicht derjenigen Eltern, die einen Beruf ausüben und darauf angewiesen sind, ihre Kinder möglichst früh in die Obhut einer Kindertageseinrichtung geben zu können. Das gilt genauso auch für Eltern, die Leistungen nach SGB II beziehen und auf der Suche nach einem Arbeitsplatz sind. Manchmal muss man sich wirklich fragen, ob die Ministerin den Bezug zur Realität vollständig verloren hat“, so Klug.

Die Vermutung liegt deshalb nahe, dass Ministerin Trauernicht mit ihrem „pragmatischen“ Vorschlag lediglich zu kaschieren versucht, dass das Land den Landesanteil bereits seit Jahren gedeckelt hat.

„Anstatt den Kommunen den Schwarzen Peter zuzuschieben, sollte die Ministerin sie an einen Tisch zu holen, um eine landesweite Regelung zu einer einheitlichen Sozialstaffel zu finden. Dabei darf es nicht nur um den Erfolg der Initiative „Kein Kind ohne Mahlzeit“ gehen.

Vielmehr muss eine einheitliche Sozialstaffel es gerade den Kindern aus sozial schwachen Familien ermöglichen, länger in der Kindertagesstätte zu bleiben. Die Chancen eines Kindes auf Bildung und Förderung in Schleswig-Holstein kann nicht vom Wohnort abhängen“, so Klug.

„Damit ist nicht nur die Sozialministerin gefordert. Es ist vielsagend, dass sich die dafür originär zuständige Bildungsministerin Erdsiek-Rave bisher vollständig aus der Debatte ausgeklinkt hat“, so Klug abschließend.